

Kölner Bündnis für gerechten Welthandel

Menschen verlieren – Konzerne profitieren

Fakten zu den sog. Freihandels- und Investitionsschutzabkommen Stand: Sommer 2019

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen Kanada und der EU kombiniertes Abkommen (Freihandel und Investitionsschutz)

Das EU-Parlament hat CETA am 15.02.2017 gebilligt. Seit dem 21.09.2017 wird es vorläufig angewendet, und zwar die Bereiche, die unstreitig in der Zuständigkeit der EU liegen, d.h. ca. 3/4 des Vertrags.

Alle 28 (im Brexit-Fall 27) EU-Mitgliedsstaaten müssen ratifizieren, 13 Staaten haben das bereits getan.

In Deutschland müssen Bundestag und Bundesrat zustimmen. Im Bundesrat besteht noch - je nach Koalitionen in den Bundesländern - die Möglichkeit, dass das Abkommen nicht angenommen wird. Die nächsten Landtagswahlen sind diesbezüglich entscheidend. Die Grünen könnten CETA im Bundesrat noch verhindern, da sie in mehreren Bundesländern mitregieren.

Eine Verfassungsbeschwerde (von mehr als 125.000 Menschen unterstützt) ist anhängig.

Am 30.04.2019 hat der EuGH (auf Antrag Belgiens) festgestellt, dass die in CETA vorgesehenen Sondergerichte mit EU-Recht vereinbar sind.

Kritische Bestandteile: Investitionsschutz (Klagerechte von Investoren gegen Staaten), Regulatorische Kooperation¹, Ausschüsse², fehlendes Vorsorgeprinzip, Liberalisierung der Daseinsvorsorge (Negativlisten), keine rechtsverbindliche Verpflichtung auf die Vorgaben des UN-Klimaschutzabkommens von Paris

JEFTA (Japan-EU Free Trade Agreement)

Das Abkommen wurde am 17.07.2018 beim EU-Japan Gipfeltreffen in Tokio von beiden Seiten unterzeichnet, am 08.12.2018 durch das japanische und am 12.12.2019 durch das EU-Parlament ratifiziert. Es ist am 1. Februar 2019 vollständig in Kraft getreten.

Investitionsschutz ist bisher NICHT im Abkommen enthalten, deshalb muss es auch nicht von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Die EU verhandelt den Investitionsschutz in einem separaten Abkommen.

Eine Verfassungsbeschwerde gegen JEFTA ist anhängig.

Kritische Bestandteile: Regulatorische Kooperation¹, Ausschüsse², Schwächung von Umwelt-, Klima-, Arbeits- und Verbraucherschutz, fehlendes Vorsorgeprinzip, Liberalisierung der Daseinsvorsorge (Negativlisten), keine rechtsverbindliche Verpflichtung auf das UN-Klimaschutzabkommen von Paris

EU-Singapur-Abkommen, besteht aus zwei Abkommen, einem Freihandelsabkommen (EUSFTA) und einem Investitionsschutzabkommen (EUSIPA)

Die Abkommen wurden am 19.10.2018 unterzeichnet und am 13.02.2019 vom EU-Parlament gebilligt.

Mit dem Inkrafttreten des Handelsabkommens wird (voraussichtlich) im September 2019 gerechnet.

Eine Verfassungsbeschwerde gegen EUSFTA ist anhängig.

Das separate Investitionsschutzabkommen (EUSIPA) muss noch durch die nationalen Parlamente der 28 (im Brexit-Fall 27) der EU-Mitgliedsstaaten (in Deutschland Bundestag und Bundesrat) ratifiziert werden.

Kritische Bestandteile: Ausschüsse², Paralleljustiz für Konzernklagen, keine rechtsverbindliche Verpflichtung auf das UN-Klimaabkommen von Paris

¹ Die Regulatorische Kooperation ermöglicht die frühzeitige Einflussnahme von Lobbyisten auf Gesetzgebungsverfahren.

² Ausschüsse können und sollen nach Vertragsabschluss weitreichende Vertragsänderungen oder -erweiterungen festlegen, die völkerrechtlich verbindlich sind und NICHT durch die parlamentarischen Demokratien legitimiert werden müssen. Sie stellen damit eine bedrohliche Einschränkung und Aushebelung der Demokratie dar.

Abkommen mit Mercosur Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay)

Die Verhandlungen sind beendet, das Abkommen ist jedoch noch nicht unterzeichnet

Auswirkungen: Durch Ausweitung der industriellen Landwirtschaft in den Mercosur-Staaten wird die Zerstörung des Regenwalds und die Verdrängung der indigenen Bevölkerung vorangetrieben, Kleinbauern werden verdrängt. In Europa wird durch die Zunahme der Fleischimporte der Preisdruck zunehmen, wodurch die ohnehin schon bedenkliche Massentierhaltung wahrscheinlich noch weiter intensiviert werden wird.

Kritische Bestandteile: kein Vorsorgeprinzip, keine verbindliche Verpflichtung auf das UN-Klimaschutzabkommen von Paris

TTIP 2.0 (Transatlantic Trade and Investment Partnership)

Der EU-Ministerrat hat am 15.04.2019 ein Verhandlungsmandat für eine TTIP-Neuaufgabe erteilt, obwohl das EU-Parlament dieses zuvor abgelehnt hatte. Verhandlungen laufen.

Kritische Bestandteile: Intransparenz der Verhandlungen, US-Regierung leugnet Klimakrise und ist gegen die Besteuerung von Digitalkonzernen

EU-Vietnam-Abkommen, besteht aus zwei Abkommen, einem Freihandelsabkommen und einem Investitionsschutzabkommen

Die Abkommen wurden am 30. Juni in Hanoi offiziell unterzeichnet und können in den kommenden Monaten vom neuen EU-Parlament ratifiziert werden.

Nur das Investitionsschutzabkommen muss danach auch in den 28 (im Brexit-Fall 27) nationalen EU-Parlamenten (in Deutschland Bundestag und Bundesrat) ratifiziert werden.

Kritische Bestandteile: Menschenrechtssituation, schwierige Lage für Gewerkschaften, Umweltaspekte, privilegierte Konzernklagerechte

EPA (Economic Partnership Agreement) Freihandelsabkommen zwischen der EU und 78 AKP-Staaten (in der Mehrzahl ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik)

Abkommen bestehen seit 2014

Auswirkungen: Zerstörung der lokalen Märkte (Landwirtschaft, Kleingewerbe, Fischerei), Behinderung der eigenen industriellen Entwicklung in AKP-Staaten, Folge: zunehmende Armut und Perspektivlosigkeit (= Fluchtursachen)

Eine umfassende Übersicht der aktuellen EU-Verhandlungen zu Handels- und Investitionsabkommen wurde von Foodwatch erstellt (8 Seiten, Stand: April 2019):

https://www.foodwatch.de/fileadmin/-DE/Themen/Freihandelsabkommen/2019-04_EU-Handelsabkommen_Uebersicht.pdf

Aktiv werden:

- **Mitmachen beim Kölner Bündnis für gerechten Welthandel:**
<https://no-ttip-koeln.de/aktiv-werden/>
- **Europäische Initiative 'Menschenrechte schützen - Konzernklagen stoppen!' unterschreiben:**
<https://stopisds.org/de/>
- **Teilnahme an Aktionen / Kampagnen zur Unterstützung des UN-Abkommen zur Durchsetzung von Menschenrechten in der Wirtschaft (Binding Treaty), Informationen / Mitarbeit z. B. hier:**
<https://bindingtreaty.org/de/>

Attac:

<https://www.attac.de/kampagnen/menschenrechte-vor-profit/hintergrund/un-arbeitsgruppe/medico-international/>

medico international:
<https://www.medico.de/kampagnen/menschenrechte-vor-profite/binding-treaty/>

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.:

<https://www.fdcl.org/themen/konzernkritik/un-binding-treaty/>

und andere